

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 67, Dreibundstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 4. Dezember 1931

Nummer 97

Zur Situation!

Der Reichsarbeitsminister hat seine Entscheidung über die vom Deutschen Buchdrucker-Verein beantragte Verbindlichkeitsklärung des Lohnabbau-Schiedspruchs vom 28. November nach ergebnislosen Nachverhandlungen bis zur Stunde noch nicht getroffen. Der für die Leitung dieser Verhandlungen bestimmte Vertreter des Reichsarbeitsministeriums machte nochmals den Versuch, eine Einigung der Parteien auf der Grundlage einer kurzfristigen Verlängerung des bisherigen Lohn tariffs herbeizuführen. Dieser Versuch scheiterte jedoch an der strikten Weigerung von Unternehmenseite. Der durch den Schiedspruch des Zentral schlichtungsamtes vorgesehene Abbau des tariflichen Spitzenlohnes von 55 auf 52 Mark hat demnach zur Zeit keine rechts verbindliche Grundlage. Es ist vielmehr der bisherige Tariflohn trotz seines Ablaufs am 30. November in die Einzelarbeitsverträge übergegangen. Der alte oder bisherige Lohn muß also auch über den 30. November hinaus gezahlt werden. Jeder anderen Regelung der Entlohnung müßte zunächst entweder eine besondere rechtsgültige Vereinbarung der verantwortlichen Organisationsvertreter der beiden Tarifparteien oder eine Kündigung der Einzelarbeitsverträge mit der tariflichen Kündigungsfrist vorausgehen. Diese Rechtslage wird auch von der „Zeitschrift“ in ihrer Nr. 96 vom 1. Dezember, ebenso in mehreren uns vorliegenden Rundschreiben des Deutschen Buchdrucker-Vereins anerkannt und den Mitgliedern des Deutschen Buchdrucker-Vereins für die Lohnzahlung der laufenden Woche zur Beachtung empfohlen. Die „Zeitschrift“ sagt dazu noch folgendes: „Würde eine Verbindlichkeitsklärung nicht erfolgen, was aber vorliegend nicht unangenehm ist, so würde an sich der alte Lohn auch über den 30. November hinaus weiter gelten.“ Ferner schreibt die „Zeitschrift“: „Sollte wider Erwarten die Verbindlichkeitsklärung erst nach dem ersten Lohnzahlungstage, dem 4. Dezember, erfolgen, so ist zunächst der alte Lohn weiterzuzahlen. Der Prinzipal muß aber bei der Lohnzahlung den Vorbehalt einer späteren Verrechnung der Differenz zwischen dem alten und neuen Tariflohn zum Ausdruck bringen.“ Würde trotz dieser Anweisung in der „Zeitschrift“ in irgendeinem Betrieb die Lohnzahlung für die laufende Lohnwoche teils nach den verkürzten Sätzen des Schiedspruchs mit Wirkung ab 1. Dezember vorgenommen werden, so ist der Gesamtlohn in jedem Falle nur unter Vorbehalt anzunehmen. — Notwendigenfalls wird die nächste Nummer des „Korr.“ wiederum um einen Tag früher, und zwar zum 8. Dezember, erscheinen.

Es besteht also kein tarifloser Zustand für die am heutigen Tage ablaufende Lohnwoche. Und für die nächste Woche vom 4. bis 11. Dezember müßte, für den Fall, daß der Deutsche Buchdrucker-Verein eine willkürliche Durchführung des in dem von Arbeiterschaft einstimmig abgelehnten Schiedspruch vorgesehene Lohnabbau betreiben wollte, am heutigen Tage erst die unternehmerseitige Kündigung mit tariflicher Frist, also bis zum 11. Dezember, für jeden Einzelarbeitsvertrag ausgesprochen werden. Auch in diesem Falle würde der bisherige Lohn bis 11. Dezember restlos zu zahlen sein.

Ob der Deutsche Buchdrucker-Verein über die diesen Zeitpunkt hinaus eine besondere Kampfmaßnahme zwecks willkürlicher oder einseitiger Lohnherabsetzung in der jetzigen politisch wie wirtschaftlich explosiven Zeit anordnen und auf sich nehmen will, bleibt zunächst abzuwarten. Nach wie vor sind sämtliche Organisationsvertreter der Arbeiterschaft zu einer tarifrechtlich begründeten Vereinbarung über eine Verlängerung des bisherigen Lohn tariffs bereit. Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister würde die letzte Möglichkeit einer friedlichen Verständigung der Tarifparteien in dieser Richtung bieten.

Wir fühlen uns zu solchen Hinweisen verpflichtet und berechtigt, weil wir wissen, daß die Reichsregierung unter dem ungeheuren Druck innen- und außenpolitischer Gefahren für das gesamte deutsche Volk kurz vor dem Erlaß einer oder einer Reihe von Notverordnungen steht, die neben vielen andern großen Opfern ideeller und materieller Art einen tiefen Eingriff in die tarifliche Lohngestaltung der gesamten deutschen Arbeiterschaft ernstlich befürchten lassen.

Nach verschiedenen, teils nur tastenden, teils aber auch zuverlässigen Presseberichten der letzten Tage ist mit einer diktatorischen und staatspolitischen Rückwärtsrevidierung aller Tariflöhne auf den Stand vom Anfang des Jahres 1927 zu rechnen. Wir sehen einen solchen willkürlichen und schematischen Abbau aller Löhne als das Gegenteil einer vernünftigen Erhaltung der Massenkaufkraft an. Unser Glaube an die Möglichkeit einer ausgleichenden Sentung der gesamten Lebenshaltungskosten ist gleich Null.

Daß aber der Deutsche Buchdrucker-Verein, trotzdem ihm diese Absichten der Reichsregierung nicht unbekannt sind, noch kurz vor deren Verwirklichung alle nur erdenklichen Hebel in Bewegung gesetzt hat, um schon vorher einen erheblichen Teil dieser staatspolitischen Lohnsenkung einzustreichen, das ist jedenfalls der Gipfel gewerbe- und tarifpolitischer Bescheidenheit. Das Maß dieser „Bescheidenheit“ kam in einer Begründung der Annahme des Schiedspruchs durch die Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Nr. 96 der „Zeitschrift“ in folgenden Sätzen zum Ausdruck: „Das ausschlaggebende Moment, das die Prinzipalvertreter zu diesem Beschluß gelangen ließ, war die Auffassung, daß die im Schiedspruch vorgesehene Lohnsenkung nur als Abschlagszahlung auf die im Wege der neuen Notverordnung vorzunehmende allgemeine Lohnsenkung zu betrachten sei.“

Wird schon der Leidensweg aller bisherigen Notverordnungen ein mehr als bedenkliches Kapitel, so ist die Gefahr der dem ganzen deutschen Volke drohenden neuen Notverordnung einem nahenden Golgatha zu vergleichen, von dem leider kaum zu erwarten ist, daß seine Verwirklichung für die deutsche Wirtschaft und Kultur eine befreiende und erlösende Wirkung haben könnte. Viel näher liegt leider die Möglichkeit, daß dadurch das heutige Elend des deutschen Volkes und damit in erster Linie die Notlage der deutschen Arbeiterschaft nur noch verschlimmert statt verbessert wird. Aber selbst wenn wir uns in der Beurteilung der vor der Tür stehenden wirtschafts- und staatspolitischen Eisenbarke irren würden und eine anscheinend damit erstrebte Lockerung der außenpolitischen und weltwirtschaftlichen Gegenwartsituation nicht unmöglich wäre, so würde damit doch noch keine Sicherheit oder Garantie dafür gegeben sein, daß die mit einer solchen Senkung der Gestehungskosten erstrebte und eventuell erzielte neue Kapitalbildung nicht in gleicher Weise wie bisher in dem privatkapitalistischen Faß ohne Boden versinken würde.

Sind daher auch die Aussichten, daß das politische und wirtschaftliche Chaos durch alle diese zweischneidigen Maßnahmen der Reichsregierung überwunden werden könnte, äußerst gering, so würde die Ablehnung der Verbindlichkeit wenigstens einen kleinen Lichtblick bedeuten. Es ist dem Deutschen Buchdrucker-Verein trotz aller „sturen“ Anstrengungen nicht gelungen, die berechtigten Einwände unserer Organisationsvertreter gegen die beabsichtigte besondere Belastung der Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes kurz vor dem Erlaß einer tief in die bisher schon farge Lebenshaltung der Arbeiterschaft einschneidende Notverordnung der Reichsregierung zu entkräften. Dieser Erfolg gewerkschaftlicher Geschlossenheit und kollegialen Vertrauens gibt uns das Recht und legt uns die Pflicht auf, an alle Kollegen im Reich die erste Mahnung zu richten, sich in keinem Falle zu unüberlegten Schritten inner- und außerhalb der Betriebe hinreißen zu lassen, sondern nur etwa noch nötig werdenden besonderen Richtlinien der verantwortlichen Verbandsfunktionäre Folge zu leisten! Im festen Vertrauen auf den immer noch müftergültigen gewerkschaftlichen Zusammenhalt der deutschen Buchdruckereiarbeiterschaft haben unsere Verbandsvertreter bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium wie bei allen vorausgehenden Gelegenheiten die lebensnotwendigen Interessen der Gesamtkollegenchaft mit aller Schärfe verteidigt. Mögen es daher alle Verbandskollegen als ihre ernsteste Pflicht betrachten, durch gleiches besonnenes Verhalten in den nächsten Tagen und Wochen die Unternehmer im Buchdruckgewerbe und deren Organisationsvertreter mit aller Deutlichkeit erkennen zu lassen, daß es in der Hauptsache nur an ihnen liegt, den gewerblichen Frieden auf tariflichem Boden zu erhalten!

Republikanische Front gegen Blutherrschaft!

Als fürchtbare Mahnung an alle Arbeiter in Deutschland sind die Dokumente anzusehen, die der Gerichtsassessor Dr. Bels, Staatsanwalt in Wiesbaden und nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter für Hessen, verfaßt hat für den Zeitpunkt der gewaltsamen Übernahme der politischen Macht durch die nationalsozialistische Partei und deren SA-Kolonnen. Dr. Schäfer, seitheriger Wirtschaftsreferent und Kreisführer der Nationalsozialisten in Offenbach, Landtagsabgeordneter für Hessen, unterbreitete wichtige Bürgerkriegsdokumente der Nazis dem Polizeipräsidenten in Frankfurt a. M., und der Preussische Minister des Innern übergab sie dann dem Oberreichsanwalt und zugleich der Öffentlichkeit. Die Verfasser dieser Dokumente rechnen vorausschauend mit dem plötzlichen Verschwinden der gegenwärtigen Staatsbehörden, und deshalb stellen sie den Nazis u. a. folgende vorsorgliche Maßnahmen bei ihrer Machtübernahme in Aussicht:

1. Die ordnende Macht steht allein bei der SA. und Landeswehren. Ihre Führung hat deshalb das Recht und die Pflicht, zur Rettung des Volkes die verwaltete Staatsgewalt zu ergreifen und auszuüben.
2. Die Befehlshaber der SA. und Landeswehren befehlen, daß jeder Anordnung der SA. und Landeswehren sofort Folge zu leisten ist. Widerstand wird gungsbüchlich mit dem Tode bestraft.
3. Jede Schußwaffe ist binnen 24 Stunden an die SA. abzuliefern. Wer nach Ablauf dieser Frist im Besitz einer Schußwaffe betroffen wird, wird als Feind der SA. und des deutschen Volkes ohne Verfahren auf der Stelle erschossen.
4. Jeder im Dienst öffentlicher Behörden oder öffentlicher Betriebsanstalten stehende Beamte, Angestellte und Arbeiter hat sofort seinen Dienst wieder aufzunehmen. Widerstand und Sabotage wird mit dem Tode bestraft.
5. Alle Lebensmittel stehen zur Verfügung der SA. und der Landeswehren und sind an deren Beauftragte auf Anforderung ohne Entgelt abzuliefern. Jeder Verkauf und jede tauschweise Veräußerung von Lebensmitteln ist verboten. Als Strafe wird Einziehung des gesamten Vermögens und daneben Freiheits- und Todesstrafen in Aussicht gestellt.
6. Die Bürgermeistereien haben Kollektivbesungen einzurichten und die Ausgabe der Lebensmittelkarten vorzubereiten.
7. Die Führung der SA. und Landeswehren ist gezwungen, zur Rettung des Lebens der Bevölkerung über alle vorhandenen Vorräte an verbrauchbaren lebensnotwendigen Gegenständen, d. h. über den gesamten Ertrag des Volkseinkommens und damit des Vermögens jedes einzelnen Volksgenossen zu verfügen. Es gibt bis zu anderweitiger Regelung kein Privateinkommen mehr.
8. Einrichtung von Feldgerichten zur Aburteilung von Verbrechen gegen den „Befehl an die Wehrführung“ und gegen die Notverordnungen, um den Anschein der Willkür zu vermeiden. Vereinfachtes und beschleunigtes Verfahren soll in Anlehnung an die Strafprozessordnung durch den Einzelrichter, wenn Todesstrafe in Frage steht, durch drei Richter erfolgen.
9. Jeder Deutsche männlichen und weiblichen Geschlechts ist vom 16. Lebensjahr zur Dienstleistung nach Anordnung der Behörden verpflichtet. Art, Maß und Organisation der Pflichtarbeit wird nach dem örtlichen Bedürfnis geregelt.

Kaum hatte die Öffentlichkeit davon Kenntnis genommen, bemühte sich die gesamte Reichspress, die Reichsleitung der Nazis in München und interessanterweise auch der Oberreichsanwalt, die völlige Harmlosigkeit dieses Sophisterratsmaterials zu beweisen. Deutlicher stützte sich insbesondere darauf, daß in dieser Anweisung für die künftige SA-Diktatur steht, daß erst „nach Überwindung der Kommune“ nach obigen Richtlinien verfahren werden soll. Wie fragen: Welche Töne würde dieselbe Presse wohl anschlagen und welche Maßnahmen der Oberreichsanwalt ergreifen, wenn ähnliche Beweismittel bei Kommunisten gefunden worden wären, niedergeschrieben für eine Zeit, in der sie, nach Überwindung des Dritten Reiches, mit allen Mitteln der Gewalt daran gehen würden, unter der Autorität des Roten Frontkämpferbundes ihr Sowjetdeutschland auf Hunger und Blut zu gründen. Im vorliegenden Fall hat man trotz der Gehäuftheit der Vorwurfsbeweismittel von Verhaftungen abgesehen. Erst unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat sich der Oberreichsanwalt entschlossen, die Eröffnung der gerichtlichen Verurteilung wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu übertragen.

Es hätte dieser erneuten Demaskierung des deutschen Faschismus wirklich nicht bedürft, denn die Blutherrschaft der Nazis hat in zahlreichen Orten Deutschlands genügend Opfer gefordert. Daß die Kememörder, die mit Hilfe der kommunistischen Reichstagsfraktion befreit wurden, als Führer von SA-Kolonnen sich betätigen, beweist hinreichend die „menschenfreundlichen“ Absichten der Nazis. Unvergessen sind ferner die Hinweide Hitters vom „Kopferrollen“ und die zahlreichen Reden des Naziministers Fried, der in Frankfurt a. D. am 20. Oktober d. J. unter dem rufenden Beifall der sogenannten „rauhem Arbeiter“ erklärte, daß 24 Stunden nach ihrer Machtübergabe der Marxismus mit Stumpf und Stil ausgerottet werde, wobei natürlich einige Zehntausende von marxistischen

Fünzig Jahre Verbandsmitglied



Richard Schulze in Berlin
Eingetretet: 5. Dezember 1881
Jetzt Invalide



Emil Herrmann in Döbeln
Eingetretet: 5. Dezember 1881
Jetzt Invalide



Nutzern zu Schäden kommen würden. Auch hier fanden sich bisher weder Richter noch Gerichte, die gegen diese Mordbegehr eingeschritten wären. Die fortgesetzten Legalitätsidee der Hitler, Fried und Göring haben doch nur Wert für politische Unmündige, die sich freilich, allem Anschein nach, bis in die höchsten Stellen der Justiz, der Verwaltung und der politischen Führung finden. Die Vertrauenswürdigkeit in der Naziführung, die von der Eroberung der politischen Macht auf legalen Wege redet, aber nicht verhindern kann oder nicht verhindern will, daß ihre Interfänger illegale Diktaturmaßnahmen bis ins einzelne vorbereiten, wird erneut offenbart in dem Putschplan. Die Sturmtruppen der SA. schenken geradezu nach der von ihnen erwarteten Schreckensherrschaft, die Deutschland angeht, gleichgültig.

Mit Arbeitsdienstpflicht, Hungersnot, Feldgerichten und Massenerziehungen wollen sie nach diesen unüberleglichen Dokumenten das Dritte Reich aufrichten. Das bedeutet für das gesamte deutsche Volk mörderischen Bürgerkrieg, ein juristisches Blutbad und schließlich Auflösung des Reiches.

Glauben die Naziführer mit ihrem Anhang wirklich, daß Millionen deutscher Republikaner sich diesen grauenhaften Zuchthausstaat so ohne jede Gegenwehr aufzwingen lassen?

Deutschland ist Italien!
Das Böhmer Dokument ist ein neues Beweisstück für die Putschpläne der SA. Niemals hätte solcher Plan entwickelt werden können, wenn die deutsche Arbeiterklasse seit 1918 sich nicht im politischen Meinungskampf gegenseitig geschwächt hätte.

Noch ist es nicht zu spät!
Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte in den Gewerkschaften aller Richtungen stehen in geschlossener Front zusammen gegen alle Putschisten von rechts und links. Wer den Bürgerkrieg ablehnt und auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung eine Geländung der Verhältnisse in Wirtschaft und Staat erstrebt, der muß unweigerlich sich diesem stärksten republikanischen Block anschließen, denn nur an dem Widerstand dieses republikanischen Blocks, wenn er entschlossen ist, seine ganze Kraft einzusetzen, können alle Pläne der Putschisten zerfallen. Der vorzeitig enthaltene Diktaturplan muß zum Signal härtester Aktivität, zum Auftakt breiterer Aufklärungsarbeit werden.

Schließen sich die Millionen Männer, die in den Gewerkschaften organisiert sind, darüber hinaus im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, in dem freiwilligen Schuhbund der Deutschen Republik zusammen, dann werden Pläne wie die von Böhmer und die der Harzburger Front halb der Vergangenheit angehören.

Es ist aber ein auf die Dauer unmöglicher und politisch untragbarer Zustand, daß die Schutzorganisationen der Deutschen Republik von der Justiz und den Behörden unter das Ausnahmeregime der Notverordnungen gestellt werden, die nur für die Feinde der Republik erlassen sein sollten.

Stärkt den Nowehrwillen! Seht der Front aller Staatsfeinde die eiserne Front aller Republikaner entgegen!

Korrespondenzen

Bielefeld. (M. A. S. in'scher.) In unserer Quartalsversammlung am 8. November in Lage in Lippe, die sehr gut besucht war, konnte der Vorsitzende zwei Vertreter der Wergenthaler Schmalzfabrik, die Kollegen Bartisch (Hannover) und Rostel (Berlin), begrüßen. Unter „Vertrauensmitteilungen“ gab Kollege Schulze einige Rundschreiben der Zentralkommission und der Gewerkschaften bekannt und ging noch auf die Berliner Vorstandskonferenz der Maschinenleger ein. Auch berichtete er über die Bezirks-Vertrauensmännerkonferenz in Bielefeld und gab einen Situationsbericht über tarifliche, organisatorische Fragen und sonstige Vorkomm-

nisse der letzten Zeit in den einzelnen Bezirksorten. Fast überall seien Lohnabbau, Kurzarbeit und Entlassungen vorgenommen worden. Der Vorsitzende gab nun den Bericht von der Versammlung der Gewerkschaften in Bochum. Unter „Technischem“ hielt Kollege Pfeil von der Wergenthaler Schmalzfabrik einen Vortrag mit Lichtbildern über die Neuerungen an der Linotype, der das allergrößte Interesse fand. Dem Vortragenden sowie auch der Wergenthaler Schmalzfabrik sei an dieser Stelle Dank gesagt. Der vom Kollegen Brindörpe gegebene Kassenbericht vom zweiten und dritten Vierteljahr zeigte gesunde finanzielle Verhältnisse. Der Kassierer wurde entlastet. Mit einem Appell an die Mitglieder schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung. — Nach dem gemeinschaftlichen Mittagessen wurde ein Spaziergang unternommen und dann noch einige Stunden in Kollegentreifen verbracht, bis die Abschiedsstunde rief.

Bassau, Am 8. November fand hier unsere Herbstbezirksversammlung statt, die auch von Kollegen der Druckerei Freyung, Pfarrkirchen und Wilschhofen gut besucht war. Vorsitzender Kollege Köhler begrüßte besonders Kollegen Müll (München), der ein vorzügliches Referat über „Die Notwendigkeit unserer Bildungsbestrebungen“ hielt, das reiches Beifall und zustimmende Aussprache auslöste. Die Berichte aus den Druckereien zeigten, daß fast überall neben Arbeitslosigkeit Kurzarbeit und Aussehen die Kollegen stark bedrückt und daß trotz geringerer Lohn und kürzerer Arbeitszeit versucht wird, aus den Kollegen das Beste herauszuholen. Daß die Prinzipale trotzdem in Preisunterbietungen auf der Höhe sind, ist nur zu bekannt. Die rege Aussprache brachte da allerdings gute. Handwerkerstämmer und Sachausfühlerfragen waren weitere wichtige Tagesordnungspunkte. Kollege Wolf konnte mit Befriedigung feststellen, daß der Bezirksstellenbestand 101 M. beträgt. — Am Vorabend der Bezirksversammlung hatte der Bildungsverband zu einem Familienabend eingeladen, an dem sich neben gastreichen Kollegen auch die Lehrlinge und deren Eltern, einige Lehrer und Prinzipale eingeladen hatten. Nach kurzer Begrüßung durch Kollegen Koller hielt Kollege Müll (München) einen sehr reichen Vortrag über unsere Bildungsbestrebungen, verbunden mit einem Filmvortrag über Stizieren, der mit Beifall aufgenommen wurde. Das anschließende Konzert des „Volkshorns“, vormals „Typographia“, half den Abend in Kollegentreifen verbringen. — Nach der Bezirksversammlung wanderte eine Zahl unerwünschter Kollegen mit den Auswärtigen hinüber nach Österreich, um dann von den Heimkehrern Abschied für immer zu nehmen, hoffend, daß bis zum Wiedersehen im nächsten Jahr wieder bessere Zeiten kommen werden.

Quedlinburg. Am 7. November feierten wir unser 30. Stiftungsfest im Geburtshaus des „Gewerkschaftshauses“. Der Not der Zeit Rechnung tragend, hatten wir von einer Feier im Großen abgesehen und diese nur als Festversammlung mit anschließendem gemütlichen Beisammensein mit Damen beschloßen. Vorsitzender Klenner konnte außer einigen Kollegen aus benachbarten Druckereien etwa 50 Proz. der Kollegen begrüßen, darunter auch eine beträchtliche Anzahl Arbeitsloser. Vor Beginn der Feier wurde das Andenken des vor kurzem verstorbenen Vorsitzenden Schugardt des hiesigen Gewerkschaftsstellens geehrt, der sich große Verdienste in der örtlichen Arbeiterbewegung erworben hat. Mit Utkmanns „Märzturm“ leitete der Gesangverein „Typographia“ dann den ersten und zugleich ersten Teil der Veranstaltung ein. Ein Prolog, verfaßt von Ernst Proczang, gesprochen von Fräulein Krureich, behandelte 30 Jahre Ringen des kleinen Gliedes Ortsverein Quedlinburg an der großen Rette Verband. Dem Verfasser und der Vortragenden auch an dieser Stelle herzlichsten Dank! Verhulst war die Feier mit der Ehrung zweier Jubilare, der Kollegen Gustav Homann und Fritz Wolf, anlässlich ihrer 25jährigen Verbandszugehörigkeit. Beiden wurde in gewohnter Weise ein Geschenk überreicht. Mit der Festhymne „Heil Gutenberg“ fand der erste Teil seinen Abschluß. — Einige vom Ortsverein geliebte Biermarken, die je nach Bedarf aus eigener Tasche ergänzt wurden, sorgten für die nötige Stimmung, und alte und neue Tanzweihen, die angenehm unterbrochen wurden von Quartett- und Chorliedern des Gesangvereins „Typographia“, ließen keine Langeweile aufkommen, so daß den meisten Kollegen das Zeichen zum Aufbruch in früher Morgenstunde viel zu früh erschien.

Neutlingen. In're Herbst-Bezirksversammlung am 1. November hatte einen guten Verlauf aufzuweisen. Bis auf Ulrich war alles vertreten. Nach der üblichen Begrüßung und Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten durch den Vorsitzenden Stein erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Lieber (Stuttgart) das Wort zu seinem Referat „Die politische und wirtschaftliche Lage“. Kollege Lieber, in Neutlingen immer ein beliebter Gast, beleuchtete in einflussigem Vortrag die heutige überaus aktive politische Zeit, als deren Ursprung der für die Arbeiterklasse so unglückliche 14. September 1930 zu bezeichnen sei. Von links und rechts angegriffen, befinden sich heute die Gewerkschaften in einem Abwehrkampf, wie ihn die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung noch nicht kannte. Nicht durch Lohnabbau werde die Kaufkraft der breiten Massen geteufert. Der Krise kann nicht durch gewalttätige Wege, sondern nur durch planmäßige Wirtschaft, aufgebaut auf gelunden demokratischen Grundsätzen, abgeholfen werden. Abschließend forderte der Referent die Kollegen auf, dem Verband auch in schwerer Zeit die Treue zu bewahren, den Einstimmigkeiten gewisser Kreise, die ihr ganzes Heil darin sehen, die Arbeiterklasse noch mehr zu zerpalten, energig entgegenzutreten. Reicher Beifall lohnte dem Vortragenden für seine trefflichen Ausführungen. In der anschließenden Diskussion wurde auch über die Viertelstundenwache gesprochen. Zum Punkt „Berichte der Druckerei“ berichteten die Vertreter der Orte Neutlingen, Müllingen und Müllingen, abgesehen von teilweise Kurzarbeit und zwei Entlassungen in Müllingen, über einen einigermaßen normalen Geschäftsgang. Auch von Müllingen kann Günstigeres gesagt werden, doch nicht in gewerkschaftlicher Hinsicht. Es wird hier von kommunistischer Seite versucht, einen Keil in die Einheit der Kollegen zu treiben. Daß hierbei auch der Kollege Ruoff

beteiligt ist, der in der letzten Mitgliederversammlung in Reutlingen schon so stark Töne redete, war für die Versammlung interessant. Es ist zu bedauern, daß sich langjährige Verbandsmitglieder so weit gehen lassen, die Organisation auf solche Weise zu misshandeln. Zum letzten Punkt, „Weihnachtsfeier“, war sich die Versammlung darüber einig, in diesem Jahr anlässlich der schweren Not von einer Veranstaltung Abstand zu nehmen. Es wurde beschloffen, den arbeitslosen und inaktiven Kollegen eine entsprechende Unterstützung für Weihnachten zu gewähren.

Stargard i. P. Unser Bezirk hatte zur diesjährigen Versammlung seine Mitglieder nach Arnswalde eingeladen. Es war eine begeisterte, aufmerktsame Rundgebung für unser Verband und die freie Gewerkschaftsbewegung. Rund 100 Kollegen hatten trotz der finanziellen Depression den Ruf des Bezirksvorstandes Folge geleistet. Bezirksvorsitzender Paul N e m i k konnte außer diesen den Kollegen Kreißmer (Berlin) und Stellvertreter den Gauvorsitzender W. Wolter (Stettin) begrüßen. Ehrenherzogen wurden die Kollegen G u s t a v N e m i k (Stargard) für zehnjährige Tätigkeit im Vorstand und Kollege K o l o (Schneidemühl), der 25 Jahre das Amt des Ortsleiters und Zahlstellenverwalters innehat. Nach dem Jahresbericht des Vorsitzenden, der die Schwere der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Verhältnisse in Mittelpreußen und der Grenzmark erkennen ließ, hielt Kollege K r e i s m e r das Hauptreferat: „Der Kampf gegen die Wirtschaftskrise“. Die Synthese der Weltwirtschaftskrise tiefstehend darlegend, unrichtig er in mehr als einflussreichen Ausführungen ein allgemeinverständliches ökonomisches und politisches Bild. Mit Nachdruck hob er hervor, daß die Arbeitnehmerschaft, auch die in graphischen Gewerbe, an der Grenze des wirtschaftlich Erträglichsten angelangt sei. Es geht nicht mehr an, daß der gesährliche Brüningsliche Sandweg noch weiter beschränkt werden kann. Kein Lohnabbau mehr ohne merklichen Preisabbau. Dieser Sach sicgerte dem Redner spontanen Beifall. Unumstößliche drei Gründe könnten zu der chronischen Weltwirtschaftskrise angeführt werden: 1. die Folgen des Weltkrieges, 2. falsche Einstellung anderer Großmächte in wirtschaftlicher Hinsicht, als da sind Tributleistungen und enormer Zinsendienst, 3. Überforderung der allgemeinen Produktion und Aufkündigung der Volkstranken. Gewiß, alles bekannte Tadeln, die die Arbeiterpresse, besonders auch unser „Korr.“, immer wieder in der Öffentlichkeit vertreten haben; aber nicht genug kann es den falschen Behauptungen im Internerlager entgegengesetzt werden, die wenig überzeugend überlojalistisch, überverlojalistisch, unmaßsichtigte der tariflichen Bindungen im verurteilten marxistischen System immer wieder zu propagieren versuchen. Diesen „nationalen“ Ansichten hielt Redner entgegen, daß Deutschland im Nominallohn international an achter Stelle und im Reallohn gar erst an zehnter Stelle steht — festgestellt durch das Genfer Internationale Arbeitsamt. Also bei dieser Diagnose sind keine Kampferstritten nötig; die schaffenden Organe des Wirtschaftskörpers sind ohnehin nervös und gepunktet genug. Bei diesen sind nur noch wirklich heilsame Beruhigungspillen notwendig. Redner verbreitete sich weiter über die Wertzugsstundenwoche, um dann in das Innere unres Verbandes lebend zu leuchten. Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß die Finanzen unres Organisation gesund sind. Der Verband konnte auch während der jüngsten Finanzkrise im Reich allen seinen Verpflichtungen nachkommen. Und wenn wir unter anderem mehr als 90 000 Mitgliedern auch nur 55 000 vollstehende momentan haben, so wird es doch keine extreme Minderung vergönnt sein, unser stolzes Organisationswerk zerbröckeln und verfallen zu sehen, worauf ja ungegründete Wünsche aus allen Gewerklagen hinauslaufen. Dieses kampfesreudige Bekenntnis wurde von allen Diskussionsrednern aufgegriffen. Es muß wieder mit unres gerechten Sache bergan gehen. Die Berichte aus den einzelnen Druckorten wichen wenig von denen in den Vorjahren ab. Leider hat die Arbeitslosenfrage weitere Kurven nach oben gemacht, besonders in der Grenzmark; auch läßt hier die organisierte Seite am meisten zu wünschen übrig. Nachdem ein von Dr. Krone eingegangener Antrag betreffs Neuregelung der Ortsklasseneinteilung behandelt, der alte Wortlaut wiederhergestellt und einige technische Fragen erledigt worden waren, konnten sich die Anwesenden noch einige Stunden der Ribeltats widmen; die Arnswalder Kollegen hatten hierfür trefflich Vorzorge getroffen.

Straubing (Niederbayern). Unres Herbstbezirksversammlung u. g., verbunden mit Bezirkslehrlingsversammlung, fand am 8. November hier statt. Vormittags 10 Uhr veranstaltete die Deutsche Buchdrucker-Berufsgenossenschaft in den Regina-Bildspielen eine Filmvorführung: 1. Mensch und Maschine, 2. Erste Hilfe bei Unfällen, 3. Berlehrskram, Diplomingenieur T u n g (München) gab hierzu die nötigen Erklärungen und hielt auch einen sehr interessanten Vortrag über Berufsantikeiten, wofür ihm von dieser Stelle aus beliens gedankt sei. Nachmittags 1 Uhr fand die Bezirkslehrlingsversammlung statt, die aus den Druckorten Straubing, Deggendorf, Landau, Plattling, Regen, Bleibach und Gesselhöring sehr gut besucht war. Hierbei hielt Gauwerksleiter C o e r t (München) ein sehr lehrreiches Referat über „Jugend in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft“, das mit großem Beifall aufgenommen wurde. Um 3 Uhr begann dann die Gehilfenversammlung. Nach der üblichen Begrüßung durch den Vorsitzenden S t r a u b e r wurde die Tagesordnung erledigt. Hierauf ging man zur Erörung unres Kassierers, Kollegen S o h. W. p. t. B r a u, über, der nunmehr 40 Jahre beim Verband ist. Nach Worten der Anerkennung und des Dankes durch den Bezirksvorsitzenden S t r a u b e r und den Ortsvorsitzenden W o d ä für seine langjährige und umsichtige Kasienführung wurden ihm folgende überreicht, worauf Kollege C o e r t (München) die Tätigkeit des Kollegen Bräu in besonderer Weise hervorhob und ihn als musterhaftig einstellte unter Aushängigung eines ansehnlichen Geschenke von Seiten des Gaus. Nachdem dieser Punkt erledigt war, folgte ein Referat des Kollegen C o e r t über „Wirtschaft und Gewerkschaften“, das äußerst interessant und lehrreich war, leider aber wegen der heranannahenden Abfahrtszeit der Zeit gekürzt werden mußte. Wir danken unsern Kollegen über auch von dieser Stelle aus in der Hoffnung, von der

Gauverwaltung öfter mit solchen Referaten bedacht zu werden, was gerade für die Provinz vonnöten ist. Die Frühjahrs-Bezirksversammlung findet in Regen im bayerischen Wald statt.

Zittau. (M a s c h i n e n s e h e r) Es war am 28. Oktober 1930, zwei Jahre nach der Aufstellung der ersten Sehmähmaschine in Zittau, als sich zehn Kollegen, meist Monotonseher, die noch sämtlich am Leben sind, zur „Maschinensehervereinigung der sächsischen Oberlausitz“ zusammenschlossen. Die Einführung der Sehmähmaschine in andern Orten der Oberlausitz brachte es mit sich, daß der neugegründeten Vereinigung bald auch Kollegen von außerhalb Zittaus beitraten. Im Jahre 1908 wurde der Anschluß an die Dresdner Gauvereinigung vollzogen unter Änderung des Namens in „Maschinensehervereinigung Bezirk Zittau im Gau Dresden“. Heute erstreckt sich die Vereinigung über sieben Orte mit 27 Sehmähmaschinen. Die 25. Wiederkehr des Gründungstages war der Anlaß zu einer F e s t v e r s a m m l u n g, die am 31. Oktober im Saal des hiesigen „Schützenhauses“ stattfand. Von dem ursprünglichen Plan, der Feier noch einen etwas größeren Rahmen zu geben, wurde schließlich wegen der immer ungünstiger werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse abgesehen. Um so erfreulicher war es, daß der Besuch den gegenseitigen Erwartungen entsprach. Die Feier begann nachmittags 5 Uhr mit zwei einleitenden Musikstücken von Mitgliedern der Stadtkapelle. Nach einem Lied des Gausvereins „Gutenberg“ hielt der Vorsitzende, Kollege G e o r g e s, die Begrüßungsansprache. Außer fast sämtlichen Mitgliedern und deren Angehörigen waren auch Kollegen der übrigen Sparten erschienen, ferner Maschinenseherkollegen aus Löbau, Banke und Görlitz. Die Dresdner Gauvereinigung war durch die Kollegen Eise und Leinert vertreten. Von den Gründern der Vereinigung waren sieben anwesend. Der Begrüßung folgte die Festansprache des Kollegen Eise. Er ging hierbei auf die Verbreitung der Sehmähmaschine im allgemeinen und in der Oberlausitz im besonderen ein, würdigte die Arbeit der Sparte als Glied des Verbandes und schloß mit einem Ausblick auf die Zukunft. In Anschluß daran nahm der Vorsitzende die Erörung der vier der Vereinigung noch anwesenden Gründer vor und händigte ihnen je eine Ankefnadel aus. Dann überbrachte Kollege Eise der Vereinigung die besten Wünsche der Maschinensehervereinigung Gau Dresden unter Überreichung einer Geldspende. Für den Ortsverein Zittau, die Ortsgruppe des Bundesverbandes, die Druckerpartie und den Gesangsverein „Gutenberg“ sprach Kollege F l o r und überreichte ebenfalls ein Geldgeschenk. Kollege S c h o l z (Görlitz) trug in gereimter Form die Glückwünsche der Maschinensehervereinigung des Bezirks Görlitz vor und übergab gleichfalls einen Geldbetrag. Für die Löbauer Maschinenseher, die früher selbst dem Bezirk Zittau angehörten, sprach Kollege T e m e l. Einen Geldbetrag zur Unterstützung bedürftiger Mitglieder hatte er bereits durch die Post zugehen lassen. Letzter in der Reihe der Gratulanten war Kollege E t t i d, der im Namen der Bauener Maschinenseher eine von Kollegenhand stammende geschmackvolle Glückwunschadresse überreichte. Ihnen allen dankte der Vorsitzende, der gleichzeitig betonte, daß auch eine Anzahl telegraphischer und schriftlicher Wünsche eingegangen war, so von der Zentralkommission der Maschinenseher Deutschlands, dem Brandenburgischen Maschinenseherverein, der Leipziger Maschinensehervereinigung, der Maschinensehervereinigung Gau Erzgebirge-Bohland, dem Schlesischen Maschinenseherverein (Sib Breslau), dem Klub der Zeitungs- und Maschinenseher in Böhmen, Kitzale Reichenberg, von der Intertypen Sehmähmaschinen G. m. b. H. (Berlin) sowie von einem ehemaligen Mitglied. Nachträglich ging auch noch ein Glückwunschschreiben von Gauvorstand, Kollegen Sahlmann (Dresden), ein. Nachdem einer der Gründer, gleichzeitig im Namen der andern drei, für die Erörung gebant hatte, brachte der Gesangsverein „Gutenberg“ das Bundeslied von Mozart und „Der beste Berg“ von Abt zu Gehör. Zwei Musikstücke beendeten sodann den Festakt und leiteten gleichzeitig über zu dem geselligen Teil, der sich nach einer kurzen Pause anschloß. Bei Tanz, Gesangs- und humoristischen Vorträgen, von denen besonders diejenigen in Oberlausitzer und nordböhmischer Mundart härtesten Beifall fanden, vergingen die Stunden in harmonischster Stimmung, und die vierte Morgenstunde war bereits angebrochen, als die letzten Teilnehmer ihre Schritte heimwärts lenkten. — Die Geldspende der Vereinigung ist in einer kleinen Festschrift niedergelegt. Kollegen, die dafür Interesse haben, wollen sich an Karl Weigel, Trauendorferstraße 22, wenden.

Allgemeine Rundschau

Weiterprüfung. Vor der Weiterprüfungskommission der Handwerkerammer Berlin bestanden die Seherkollegen A d o l f H a r t m u t h, E r w i n S i m o n, H e r b e r t K o e r t, K a r l W i l l e, E r i c h K ö l l i n g, K a r l K r a u s e und der Druckerkollege K e i n h o l d K r i e g e r die Weiterprüfung. Vier Prüflinge bestanden die Prüfung nicht.

Das Schrifttum in Polen. Über das geistige und kulturelle Leben in Polen gibt das amtliche Statistische Jahrbuch der Republik Polen einige interessante Aufschlüsse. Danach sind im vergangenen Jahre 12 566 nicht periodische Schriften erschienen, 2250 mehr als im Jahre vorher. Hiervon waren 2917 wissenschaftliche Abhandlungen, 1039 Erörterungen der schönen Literatur, 1245 populäre Veröffentlichungen, 845 Handbücher, 5132 „Dokumente des öffentlichen Lebens“ (Anrufe, Propagandaflugblätter usw.), 406 Musikalien, 42 Landkarten und Pläne und 34 Reproduktionen. Unter den fremdsprachigen Veröffentlichungen nimmt das Schrifttum der nationalen Minderheiten natürlich die erste Stelle ein. An der Spitze steht der jüdische Jargon mit 702 Veröffentlichungen. Ihm folgt in weitem Abstand das russische mit 391 Schriften; an dritter Stelle mit 276 Veröffentlichungen steht das deutsche Schrifttum. Unter dieser Zahl sind 44 wissenschaftliche Abhandlungen, 20 belletristische Erörterungen, 42 populäre, 15 Handbücher, 151 „Dokumente des öffentlichen Lebens“, 2 Notwendigkeitsveröffentlichungen und eine Re-

produktion. An vierter Stelle folgt dann das hebräische Schrifttum mit 260 Veröffentlichungen. Das Französische ist mit 146 Veröffentlichungen vertreten, wovon 72 wissenschaftliche Arbeiten und nur zwei Bücher der schönen Literatur sind. Auch die englische Belletristik ist mit nur zwei Werken vertreten, das gesamte englische Schrifttum mit nur 39. Dagegen erfreut sich die englische Literatur in Absehung des Volkses größerer Verbreitung. Insgesamt sind 691 Bücher ins Polnische überetzt worden, davon 158 englische, 136 französische und 93 deutsche. In Zeitschriften sind 2929 erschienen. Die meisten, 516 an der Zahl, sind politische und literarischer Art; an zweiter Stelle stehen die Zeitschriften religiösen Inhalts. Davon sind 154 in polnischer, 21 in deutscher, 9 in ukrainischer, 7 in jüdischer, 6 in russischer, 4 in hebräischer und 3 in weißrussischer Sprache erschienen. Dann folgen die amtlichen Zeitschriften, die mit einer Ausnahme alle in polnischer Sprache erschienen sind. In der Hauptstadt Warschau erschienen 766 Zeitschriften, in Posen 195 (20 deutsche), in Lemberg 192 (zwei deutsche), in Krakau 169. An öffentlichen Bibliotheken gab es 9267, die insgesamt rund 6 110 000 Bände umfassen; davon befanden sich 3432 Bibliotheken mit 4 927 000 Bänden in den Städten und 5835 mit 1 182 580 Bänden auf dem Lande. Die meisten Bibliotheken, und zwar 1138, gibt es in Posen. Auch mit Volksbibliotheken ist die Wojewodschaft Posen mit 2188 Bibliotheken am besten versehen. Im ganzen gab es in Posen 2274 Schulbibliotheken mit 3 083 218 Bänden, von denen 310 Bibliotheken deutschen Schülen gehörten. Die Zahl der Schülen beim polnischen Militär ist zwar von Jahr zu Jahr zurückgegangen, sie betrug aber immer noch 1887, gegen 2708 im Jahre 1924. Die Notwendigkeit dieser Schülen geht aus der großen Anzahl von Analphabeten im polnischen Heer hervor. 1920 gab es noch 34 508, 1927 sogar 41 460 Soldaten, die weder schreiben noch lesen konnten.

Der Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Situation. Der vor kurzem neugewählte Vorsitzende der maßgebenden Unternehmerzentrale, Herr Krupp von Bohnen und Falbach, hat sich auf einer Tagung mit einer Eröffnungsbrede eingeführt. Danach sieht er zwei Ziele, denen zugekehrt werden muß: „1. zur schnellsten Schaffung gesunder Grundlagen für unres innerwirtschaftliche Entwicklung, 2. zur möglichst schleunigen Vereinigung jenes Teiles der außenwirtschaftlichen Beziehungen, der das wirtschaftliche Zusammenleben der Völker, sei es direkt, vermittelt hat, sei es in untragbarer Weise erschwert.“ Die Erzeugung von der Koffenseite her zu entlasten, bezieht sich auch Herr Krupp auf dringende Aufgabe. Diese möchte erfolgen „auf dem Gebiet der Tarife der Reichsbahn, der Reichspost und der gemeindlichen Versorgungsbetriebe, auf dem Gebiet der Reformen in der Sozialversicherung einschließlicher der Arbeitslosenversicherung und in bezug auf eine Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse.“ Es ist also die alte Leier, die man auch in dem Programm des neuen Reichsverbandes zu hören bekommt. Es folgte dann eine Erklärung zu den Wirtschaftsstandarten der letzten Zeit. Herr Krupp sagte u. a.: „Die tiefbedauerlichen, vielfach geradezu unverfänglichen und ungeheuerlichen Vorfälle, die in letzter Zeit in unres Wirtschaft sich gehäuft haben, können von uns nicht scharf genug verurteilt werden.“ Und eine gemeinsame Erklärung der Spitzenorganisationen der Unternehmer, die Herr Krupp abgab, beginnt mit den Worten: „Die deutsche Wirtschaft ist seit Monaten Zeuge von Vorkommnissen innerhalb ihrer Reihen, deren Zahl die Gefahr heraufbeschwört, daß sie nicht als Einzelerscheinungen, sondern als Zeichen eines allgemeinen Niederganges der launmännlichen Erbarkeit gewertet werden.“ In dieser Erklärung wird von den schwarzen Schafen, die das Wort „Verdienen“ alsu groß geschrieben hatten, abgerückt. Herr Krupp stellt es ferner als eine Notwendigkeit hin, „an allen Ecken und Enden bis auf die Feinnäse zu sparen!“ Begonnen wurde damit bei den Löhnen und Gehältern. Jedes Währungsperiment wird als ein Verbrechen an deutschen Volk bezeichnet und mühte unterbietet. Sonst hat die Rede des neuen Präsidenten des Reichsverbandes nichts Neues. Es wird nach der bisherigen Methoden von den „Wirtschaftsführern“ fortgewirkt.

Zum Lohnstreit in der Schuhindustrie. Die Verhandlungen über die von beiden Seiten gestellten Anträge zum Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie fanden am 24. November in Frankfurt a. M. statt. Auf Grund der Erklärungen, die der Reichsanzler in der Schlußsitzung des sogenannten Wirtschaftsausschusses abgegeben hat, ergab sich aber eine Situation, die die vertragsschließenden Parteien zu der Vereinbarung veranlaßte, den von den Unternehmerverbänden gekündigten Vertrag bis zum 15. Dezember 1931 zu verlängern.

Gegen erneute Lohnsenkungen. Die Deutsche Bankdiskonto-Gesellschaft kommt in ihrem neuen Wirtschaftsbericht auch auf die Verbilligung der Produktionskosten zu sprechen. Aber Löhne und Preise wird dabei folgendes ausgeführt: „Eine erneute Senkung von Löhnen und Gehältern ist nach den in dieser Richtung schon erfolgten Schritten bedauerlich für den einzelnen wie für die Gesamtwirtschaft. Soll der Ausfall von Kaufkraft nicht noch stärker auf die Binnenkonjunktur drücken, so muß ein Ausgleich durch Preisentsetzungen erfolgen, der die alte Reallohnstufe wieder herstellt. Dabei sollte möglichst viel dem freien Spiel der Kräfte überlassen und möglichst wenig durch staatliche Eingriffe zu erzwingen versucht werden. Wir brauchen in Deutschland eine weitgehende Rückkehr zur freien Marktwirtschaft, die dafür sorgt, daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage in der Preisbildung wieder mehr zu seinem Recht kommt. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bei unres heutigen Wirtschaftslage dieses Gesetz ausreichende Preisentsetzungen herbeiführen wird. In diesem Sinne wird man die Aufhebungen von Preisbindungen begrüßen können, die in den Leitlinien des Wirtschaftsausschusses verlangt wird.“ Würde die hierin zum Ausdruck kommende Auffassung über Wirtschaftspolitik aller Unternehmer geläufig, würde der Krisenablauf schneller erfolgen. Erneute Lohnsenkungen sind nicht nur bedauerlich, sondern im höchsten Grade schädlich für die Volkswirtschaft.

Verpönte Staatsgelder. Die Kostenabrechnung über die falschliche kommunistische Volkseigentumsaktion auf

